Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss	05.05.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Baumschutz in Bielefeld

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

UStA, 18.09.2007, TOP 5.4, Drucksache 2009/4178

Beschlussvorschlag:

1. Der UStA stimmt dem Stufenkonzept zum Baumschutz zu.
2. Die Baumerhaltungsrichtlinie, das Arbeitspapier zum Erhalt und zur Förderung von Bäumen in Bebauungsplänen und Baugenehmigungsverfahren und das Maßnahmenpaket zur Förderung von Pflanzungen und den Erhalt von Bäumen auf öffentlichen Flächen werden vom UStA zustimmend zur Kenntnis genommen.

Begründung:

Der UStA hat mit Beschlüssen vom 18.09.2007 zum Erhalt und zur Förderung von Bäumen in Bielefeld die Verwaltung beauftragt, zu folgenden Punkten tätig zu werden:

- Erarbeitung einer städt. Baumerhaltungsrichtlinie als Selbstverpflichtung,
- Förderung von Pflanzungen und Erhalt von Bäumen durch die Stadt,
- Baumerhaltungssatzung.

Zu 1. Stufenkonzept:

Vorgesehen ist, die Beschlüsse in einem gestuften Prozess umzusetzen. Zunächst soll die Selbstverpflichtung der Stadt zum Umgang mit Bäumen sowie die Einbeziehung städt. Beteiligungsgesellschaften (BGW, Stadtwerke) in eine entsprechende Vereinbarung realisiert werden. In einem nächsten Schritt sollen weitere Unterzeichner, z. B. andere Wohnungsbaugesellschaften, gewonnen werden. Hiermit soll eine Vorbildfunktion von öffentlichen Einrichtungen herausgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Imagekampagne) und ergänzende begleitende Maßnahmen, z. B. Baumpatenschaften, soll zudem ein positives Bewusstsein für den Schutz von Bäumen gefördert werden.

Die Verwaltung schlägt vor, zunächst Erfahrungen mit diesen Maßnahmenpaketen zu sammeln und auszuwerten. Erst danach soll entschieden werden, ob und wenn ja in welcher Form ergänzend eine Baumerhaltungssatzung erforderlich ist.

Zu 2. Baumerhaltungsrichtlinie:

Die zwischen Bauamt, Immobilienservicebetrieb, Umweltbetrieb und Umweltamt abgestimmte Selbstverpflichtung der Stadt Bielefeld zum Schutz und Erhalt von Bäumen (Baumerhaltungsrichtlinie) soll auch mit den städt. Beteiligungsgesellschaften und weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern vereinbart werden. Die Baumerhaltungsrichtlinie trifft Festlegungen, nach denen sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner unter bestimmten Rahmenbedingungen zum Erhalt von Bäumen verpflichten.

Die Baumerhaltungsrichtlinie ist als offene Vereinbarung konzipiert, der sich über die Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner hinaus weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner anschließen können.

Um entsprechend dem Beschluss des UStA den Umgang mit Bäumen bei Baumaßnahmen und den Schutz von erhaltenswerten Bäumen im Vorfeld der Aufstellung von Bebauungsplänen zu regeln, wurde ergänzend zur Baumerhaltungsrichtlinie ein Arbeitspapier mit dem Bauamt vereinbart. Das Arbeitspapier enthält u. a. die Festlegung, dass im Rahmen von Investorenplanungen zum frühest möglichen Zeitpunkt mit der Investorin / dem Investor ein Gespräch zum Umgang mit Baum-/ Gehölzbeständen zu führen ist.

Das Maßnahmenpaket zur Förderung von Pflanzungen und den Erhalt von Bäumen (Anlage 2) enthält die Schwerpunkte Einwerbung von Finanzmitteln, Vereinbarungen mit Dritten, Baumpatenschaften, verstärkte Informationsarbeit sowie Beteiligung an Projekten, hier insb. des Arbeitskreises Umwelt von „Bielefeld 2000plus“.

Anlagen

Anlage 1: Baumerhaltungsrichtlinie

- Anhang 1: Grundsätze des Baumschutzes
- Anhang 2: Erhalt und Förderung von Bäumen in B-Plänen und Baugenehmigungsverfahren

Anlage 2: Maßnahmenpaket zur Förderung von Pflanzungen und zum Erhalt von Bäumen

Beigeordnete

Anja Ritschel

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Freiwilliger Schutz und Erhaltung von Bäumen auf öffentlichen und privaten Flächen (Baumerhaltungsrichtlinie)

1. Anlass

Zur Sicherung und Erhalt des Baumbestandes soll in dieser Selbstverpflichtung der verantwortungsbewusste Umgang mit Bäumen vereinbart werden. Ziel muss es sein, Bäume zu erhalten, Pflanzungen zu fördern und Fällungen nur vorzunehmen, wo es unumgänglich ist.

2. Rahmenbedingungen

Die Akzeptanz für den Erhalt von Bäumen ist auch abhängig vom Umgang der Stadt Bielefeld und ihrer kommunalen Unternehmen mit ihrem eigenen Baumbestand sowie entsprechenden Maßgaben bei der Baulanderschließung.

Baumschutz liegt aber auch im Interesse aller Bielefelderinnen und Bielefelder. Aus diesem Grund verpflichten sich die Stadt, ihre kommunalen Unternehmen und weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, den Baumbestand auf ihren eigenen öffentlichen oder privaten Flächen nach Maßgabe nachfolgender Grundsätze zu erhalten. „Unterzeichnerinnen / Unterzeichner“ sind alle Vertragspartnerinnen und Vertragspartner, die Eigentümerinnen / Eigentümer oder Nutzungsberechtigte öffentlicher oder privater Flächen sind.

Unberührt bleiben diejenigen Fälle, in denen der Schutz von Bäumen in Landschaftsplänen oder Bebauungsplänen festgeschrieben ist oder Bäume als Naturdenkmale ausgewiesen sind. Diese Richtlinie gilt auch nicht für Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes und des Landesforstgesetzes NRW.

3. Zielsetzung

Bäume der Stadt sind zu erhalten und zu schützen. Sie dürfen nur im nachfolgend beschriebenen Verfahren entfernt oder in ihren Kronen- und Wurzelbereich eingegriffen werden.

4. Geschützter Baumbestand

Die Selbstbindung zum Schutz des Baumbestandes gilt für das gesamte Stadtgebiet.

Gegenstand dieser Regelungen sind alle Bäume mit einem Stammumfang von 80 cm und mehr, gemessen in einer Höhe von 1 m über dem Erdboden. Die Grundsätze des Baumschutzes und ihre Ausnahmen ergeben sich aus Anhang 1.

5. Zusammenarbeit

Voraussetzung für einen wirkungsvollen Schutz und Erhalt von Bäumen ist eine gute und rechtzeitige Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen der Stadt, seiner kommunalen Unternehmen, den Grundstückseigentümerinnen / Grundstückseigentümern oder sonstigen dinglich Berechtigten und den Investorinnen / Investoren. Im Rahmen von Investorenplanungen ist zum frühest möglichen Zeitpunkt das Ziel des Erhaltes von Bäumen / Gehölzbeständen in einem gemeinsamen Gespräch zwischen Bauamt, Umweltamt und Investorin / Investor zu verdeutlichen. Der Inhalt des Gespräches ist zu dokumentieren.

6. Umsetzung

6.1 Durchführung von Vorhaben

Die Unterzeichnerinnen / Unterzeichner prüfen, in welchem Umfang Eingriffe in den vorhandenen Baumbestand tatsächlich erforderlich sind; dabei sind auch Alternativen in die Planung einzubeziehen, wenn dadurch Baumbestand erhalten werden kann.

6.2 Entscheidungen

Die Entscheidung über die Erhaltung oder Entfernung von Bäumen wird von der Unterzeichnerin / vom Unterzeichner unter Beachtung der DIN 18920, der RAS LP 4 und der FLL-Richtlinie sowie der Grundsätze des Baumschutzes und der Ausnahmetatbestände gemäß Anhang 1 dieser Richtlinie getroffen.

6.3 Ausgleichspflicht

Können Bäume nicht erhalten werden, ist von der Unterzeichnerin / vom Unterzeichner ein Ausgleich für die entfernten Bäume anzustreben. Grundsätzlich soll der Ausgleich durch die Pflanzung eines neuen Baumes mit einem Stammumfang von mindestens 20/25 cm für jeden entfernten Baum erfolgen (Ausnahme siehe 6.7). Im Einzelfall kann unter schriftlicher Dokumentation der Gründe von der 1:1-Ausgleichspflicht abgewichen werden.

Der Ausgleich kann

- auf den Grundstücken der entfernten Bäume oder
- auf anderen Grundstücken einer der Unterzeichnerinnen / eines der Unterzeichner

vorgenommen werden. Über die Form des Ausgleichs in öffentlichen Grünanlagen (einschl. Flächen des Bestattungswesens) entscheidet der Umweltbetrieb.

6.4 Beteiligung der zuständigen Gremien/Öffentlichkeitsarbeit/Dokumentation

Vor größeren Fällaktionen der Stadt und ihrer kommunalen Unternehmen sind die zuständige Bezirksvertretung (BV) und danach die Presse zu unterrichten. Die Unterrichtung obliegt der Stelle, die die Baumfällung veranlasst.

Die Entscheidungen über die Entfernung oder Eingriffe in den Kronen- bzw. Wurzelbereich von Bäumen sind in geeigneter Weise durch die veranlassende Stelle zu dokumentieren.

6.5 Beratung

Der Umweltbetrieb berät die übrigen Unterzeichnerinnen / Unterzeichner im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Wunsch über fachliche Aspekte des Baumschutzes (z. B. Notwendigkeit von Fällungen, Erkrankungen, Verkehrssicherungspflicht, Erhaltungsmaßnahmen, Eignung von Bäumen für die Innenstadt).

6.6 Bauleitpläne und Baugenehmigungsverfahren

Es wird auf das Arbeitspapier Bauamt - Umweltamt: „Erhalt und Förderung von Bäumen in Bebauungsplänen und Baugenehmigungsverfahren“ verwiesen (Anhang 2).

6.7 Unberührtheitsklausel

Die ordnungsgemäße Gestaltung, Pflege und Bewirtschaftung öffentlicher Grünanlagen (einschl. Flächen des Bestattungswesens) bleibt unberührt. Auch in diesen Fällen wird ein Ausgleich für entfernte Bäume angestrebt (vergleiche 6.3).

Die Grundsätze dieser Vereinbarung werden dabei beachtet.

6.8 Verkehrssicherungspflicht

Die Verkehrssicherungspflicht für zu erhaltenden Baumbestand bleibt bei der Unterzeichnerin / beim Unterzeichner.

1. Grundsätze des Baumschutzes

1.1

Geschützte Bäume nach Nr. 4 der Baumerhaltungsrichtlinie dürfen nicht entfernt, zerstört, geschädigt oder in ihrem Aufbau wesentlich verändert werden. Eine wesentliche Veränderung des Aufbaues liegt vor, wenn an geschützten Bäumen Eingriffe vorgenommen werden, die auf das charakteristische Aussehen erheblich einwirken oder das weitere Wachstum beeinträchtigen.

1.2

Unter die vorgenannten Grundsätze fallen auch Einwirkungen auf den Raum (Wurzel- und Kronenbereich), den geschützte Bäume zur Existenz benötigen und die zur Schädigung oder zum Absterben des Baumes führen oder führen können, insbesondere durch:

- a) Befestigung der Fläche mit einer wasserundurchlässigen Decke (z. B. Asphalt, Beton),
- b) Abgrabungen, Ausschachtungen (z. B. durch Aushebung von Gräben) oder Aufschüttungen,
- c) Lagern, Anschütten oder Ausgießen von Salzen, Säuren, Ölen, Laugen, Farben oder Abwässern,
- d) Anwendung von Unkrautvernichtungsmitteln (Herbizide), soweit sie nicht für die Anwendung unter Gehölzen zugelassen sind, sowie
- e) Anwendung von Streusalzen, soweit nicht durch die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld in der zurzeit geltenden Fassung etwas anderes bestimmt ist.

1.3

Nicht betroffen sind Maßnahmen

- a) zur sach- und fachgerechten Pflege und Erhaltung geschützter Bäume,
- b) zur ordnungsgemäßen Gestaltung, Pflege und Sicherung der öffentlichen Grünflächen,
- c) die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr unaufschiebbar sind.

2. Ausnahmen

Ausnahmen von den vorstehenden Grundsätzen sind möglich, wenn

- a) die Beseitigung des Baumes oder dessen wesentliche Veränderung im Aufbau aus überwiegendem, auf andere Weise nicht zu verwirklichendem öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist,
- b) eine nach den baurechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung nur eingeschränkt verwirklicht werden kann,
- c) von dem geschützten Baum ausgehende nicht gegenwärtige Gefahren für Personen oder Sachen von bedeutendem Wert nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können,
- d) der geschützte Baum krank ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist,
- e) die Beseitigung eines geschützten Baumes der besseren Entwicklung des Gesamtbestandes benachbarter Bäume dient (Auslichtung),
- f) die Bäume die Einwirkung von Licht und Sonne auf Fenster unzumutbar beeinträchtigen. Eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt vor, wenn Fenster so beschattet werden, dass dahinter liegende Wohnräume während des Tages nur mit künstlichem Licht benutzt werden können.

Arbeitspapier Bauamt – Umweltamt
(Stand: 16.04.2009)

**Erhalt und Förderung von Gehölzbeständen/Bäumen
in Bebauungsplänen und Baugenehmigungsverfahren**

A) Prämisse

Umweltamt und Bauamt setzen sich gemeinsam für einen größtmöglichen Schutz von Gehölzbeständen in Bebauungsplänen ein. Zu den Gehölzbeständen zählen auch einzelne Bäume. Es besteht Einigkeit, dass die Erhaltung und Anpflanzung von Gehölzbeständen eine wesentliche Voraussetzung ist für:

- qualitätsvolle, durchgrünte Wohn- und Arbeitsstandorte sowie die Erhaltung des spezifischen Charakters und der Identität von Quartieren,
- gesunde Wohnverhältnisse durch Minderung von Luftverunreinigungen und nachteiligen Veränderungen des Stadtklimas,
- die Erhaltung von Lebensräumen für die Tierwelt des Siedlungsraumes,
- die Sicherstellung der von Bäumen ausgehenden therapeutischen und Erholungswirkung und
- die Erhaltung der Vielfalt von Stadtbäumen als Kulturgut.

B) Bebauungsplanverfahren

1. Vermittlung des Schutzzieles gegenüber Investorinnen / Investoren

Im Rahmen von Investorenplanungen ist zum frühest möglichen Zeitpunkt das Ziel des Erhaltes von Bäumen / Gehölzbeständen in einem gemeinsamen Gespräch zwischen Bauamt, Umweltamt und Investorin / Investor zu verdeutlichen. Der Inhalt des Gespräches ist zu dokumentieren.

2. Qualifizierte Aufnahme des Gehölzbestandes

Vor Beginn planerischer Überlegungen ist der Gehölzbestand (nach fachlicher Einschätzung und Vorgabe durch das Umweltamt) exakt einzumessen. Im Bestandsplan ist neben dem Standort der Bäume auch der Kronenumfang darzustellen und die Baumart anzugeben.

3. Festlegung des zu erhaltenden Gehölzbestandes

Zwischen Umweltamt und Bauamt wird abgestimmt, welcher Gehölzbestand im Rahmen der weiteren Planungen zu erhalten und in die künftige Siedlungsstruktur zu integrieren ist. Hierbei ist auf eine maßvolle und zugleich den o. g. Zielen entsprechende Gehölzerhaltung hinzuwirken.

4. Berücksichtigung des zu erhaltenden Gehölzbestandes in der Planung

Bei der weiteren Planung ist sicherzustellen, dass künftige bauliche Anlagen einen ausreichenden Abstand zum festgesetzten Gehölzbestand einhalten müssen, um den weiteren Bestand der Gehölze zu ermöglichen.

Für den zu erhaltenden Gehölzbestand werden, neben der dauerhaften Erhaltung und Pflege, auch die Ersatzpflanzung bei Ausfällen sowie der Ausschluss von beeinträchtigenden Maßnahmen (insbesondere Versiegelung, Bodenauftrag sowie Schadstoffeintrag) im Schutzbereich festgesetzt. Als Schutzbereich gilt der jeweils aktuelle Kronentraufbereich zuzüglich eines Sicherheitszuschlages von 1,50 m.

5. Festsetzung neu anzupflanzender Gehölze

Festsetzungen für neu anzupflanzende Gehölze sollen in dem Umfang getroffen werden, dass eine ausreichende Durchgrünung des Plangebietes sichergestellt wird. Die Ausbauplanung soll sich jedoch insbesondere auf den Straßenraum, großflächige Stellplatzflächen, Abstandsflächen zum Schutz von Wohnbebauung oder anderen empfindlichen Nutzungen gegenüber emittierenden Anlagen und ggf. auf Ortsrandeingrünungen beschränken.

C) Baugenehmigungsverfahren

1. Anforderungen an die Unterlagen zum Bauantrag

Zu den Unterlagen des Bauantrages gehört ein Lageplan, aus dem sich der ggf. auf dem Baugrundstück befindliche geschützte Gehölzbestand ergibt. => Inhalt Bestandsplan siehe Merkblatt

2. Verankerung des Schutzes der Gehölzbestände in der Baugenehmigung

Die Erhaltung und der Schutz planungsrechtlich gesicherter geschützter Gehölzbestände sind über entsprechende Schutzvorgaben in den Nebenbestimmungen der Baugenehmigung sicherzustellen. Hierbei wird auf die entsprechenden Regelwerke verwiesen.

3. Eigentümerinformation

Im Rahmen von Genehmigungsfreistellungen ist die Bauherrin / der Bauherr grundsätzlich über geschützte Gehölzbestände zu informieren und auf die Verpflichtung zur Erhaltung und zum Schutz hinzuweisen.

4. Kontrolle/ Bauzustandsbesichtigung

Das Umweltamt übermittelt im Rahmen seiner Stellungnahmen, ob eine Teilnahme an Bauabnahmen gewünscht ist.

D) Arbeitspapiere Standards

Zur Umsetzung der v. g. Vereinbarung entwickeln Umweltamt und Bauamt gemeinsame Standards, Arbeitspapiere bzw. Merkblätter.

**Maßnahmenpaket
zur Förderung von Pflanzungen und zum Erhalt von Bäumen**

A.

Für das Nachpflanzen von Bäumen und zur Förderung von Pflanzungen auf öffentlichen Flächen werden folgende Maßnahmen geprüft und initiiert:

- Einwerbung von Finanzierungsmitteln (Sponsoren, Firmen, Stiftungen, Wohnungsbaugesellschaften) für das Nachpflanzen von Bäumen im Einzelfall oder über einen vereinbarten Zeitraum / Betrag
- Vertragliche Vereinbarungen mit Dritten über die Übernahme von Sanierungskosten im Einzelfall oder über einen festgelegten Zeitraum / Betrag
- Vorzeitiges Nachpflanzen von Baumnachwuchs in Park- und Grünanlagen mit Altbaumbestand
- Baumpatenschaften (Einwerbung von Unterhaltungsmitteln durch Dritte für die Pflege eines oder mehrerer Bäume); die Baumpaten erhalten eine Patenschaftsurkunde
- Anlage von Streuobstwiesen

B.

Für die Förderung von Baumpflanzungen / Baumerhalt auf privaten Grundstücken werden folgende Maßnahmen geprüft und initiiert:

- Baumsteckbriefe / Broschüren über geeignete Baumarten für Stadtgärten verbunden mit einer Serie in der Tagespresse
- Darstellung der Bedeutung von Bäumen anhand konkreter örtlicher Beispiele auf den Internetseiten der Stadt Bielefeld
- Aufrufe / Werbung für Baumpflanzungen im Zusammenhang mit Briefsendungen anderer städtischer Ämter (z. B. Beilage zum Grundsteuerbescheid)
- Vermittlung von Baumpflege / Nachbarschaftshilfe (z. B. über Ehrenamtsagentur)

C.

Begleitende Unterstützung der Projekte von BI 2000 plus (Baumgeschichten, Prominenteninterviews, gesundheitlicher Wert von Bäumen, Bäume im Kontext städtischer Plätze); ggf. Beteiligung auch an weiteren Projekten anderer Akteure zu dieser Thematik

Zu allen Punkten soll durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und jeweils wechselnde Informationen auf den Internetseiten der Stadt Bielefeld ein positives Bewusstsein für den Schutz von Bäumen geschaffen bzw. verstärkt werden.